

*Medienmitteilung vom 21. September 2009*

## Was zu befürchten war: Erziehungsdepartement lehnt obligatorische Staatskunde ab

Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt (JFBS) sind empört über die durch Regierungsrat Christoph Eymann gemachte Aussage, politische Bildung sei keine Aufgabe der Schule. Damit verkennt er, dass ein gutes Bildungssystem seine Schüler zu mündigen Bürgern ausbilden soll. Nur so können sie sich aktiv an unserer demokratischen Gesellschaft beteiligen. Es gehört zu einer breiten Allgemeinbildung, die Funktionsweise unserer Demokratie zu verstehen. Die Jungfreisinnigen fordern den Regierungsrat auf, seine Haltung ernsthaft zu überdenken, sonst werden sie ihrem Anliegen mit einer Volksinitiative Nachdruck verleihen.

Nachdem der Regierungsrat zwei Jahre lang geschwiegen hat, äusserte sich als Reaktion auf die Standaktion der Jungfreisinnigen vom Samstag Regierungsrat Christoph Eymann zum Anliegen, obligatorischen Staatskunde-Unterricht an den Basler Schulen einzuführen: **Der Regierungsrat wartet ab, verweist auf den laufenden Prozess „Lehrplan 21“**, welcher für alle deutschschweizer Kantone einen einheitlichen Lehrplan festlegen will und vertröstet auf später. Gleichzeitig sagt er bereits jetzt, dass politische Bildung eigentlich keine Aufgabe der Schule sei. Dies ist in höchstem Masse empörend. So werden unsere Schülerinnen und Schüler heute über alles Mögliche aufgeklärt: ihnen wird an Umwelttagen nachhaltiges Handeln beigebracht, es wird Gesundheitsförderung betrieben und wie man Zeitung liest. Dies sind alles wichtige Themen, aber was nützt ihnen all dieses Bewusstsein, wenn sie nicht im Geringsten wissen, wie sie ihre dadurch erworbenen Kenntnisse und Meinungen aktiv in unsere demokratische Gesellschaft einbringen können? Dazu gehört schlicht und einfach das Wissen über unsere politischen Prozesse.

Es genügt es nicht, über aktuelle Anlässe im Ausland wie den von Herrn Regierungsrat Eymann genannten Jugoslawien-Krieg oder die Präsidentschaftswahlen in den USA zu sprechen, sondern zuallererst sollte die Politik in unserem Land ein Thema sein! Die Jungfreisinnigen fordern den Regierungsrat nochmals entschieden dazu auf, eine aktive Rolle auf nationaler Ebene zu übernehmen und sich entschlossen für die Verankerung von obligatorischer Staatskunde im deutschschweizer Lehrplan 21 einzusetzen. Andernfalls werden die Jungfreisinnigen dieses Anliegen mit einer Initiative vors Volk bringen.

Freundliche Grüsse  
Jungfreisinnige Basel-Stadt

Weitere Auskünfte:  
Luca Urgese, Präsident (Telefon 079 384 07 07, [luca.urgese@jfbs.ch](mailto:luca.urgese@jfbs.ch))